

Wichtigste Erkenntnisse

Streubomben Monitor 2023

LANDMINE & CLUSTER MUNITION
MONITOR



STATUS DER KONVENTION ÜBER DAS VERBOT VON STREUBOMBEN VON 2008 (Stand 01. August 2023)

- Die Konvention entwickelt sich gut mit insgesamt 112 Vertragsstaaten und 12 Unterzeichnern. Südsudan trat der Konvention als letztes Land im August 2023 bei, zuvor hatte Nigeria im Februar 2023 ratifiziert.
- Im Dezember 2022 unterzeichneten 144 Staaten die jährliche Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen (UNGA) zur Förderung der Konvention. Unter diesen Ländern befanden sich auch 36 Nicht-Unterzeichnerstaaten. Russland war das einzige Land, das dagegen gestimmt hat.

EINSATZ VON STREUMUNITION

- Seit der Verabschiedung des Übereinkommens im Mai 2008 hat es keine Berichte oder Vorwürfe zu neuen Einsätzen von Streumunition durch einen Vertragsstaat gegeben.
- Während des Berichtszeitraums (August 2022 bis Juli 2023) wurde Streumunition in der Ukraine in großem Umfang eingesetzt. Auch in Myanmar und Syrien wurden neue Einsätze verzeichnet.
- Russland hat seit seinem Einmarsch in der Ukraine am 24. Februar 2022 wiederholt Streumunition eingesetzt. Auch die ukrainischen Streitkräfte haben sie verwendet.

OPFERZAHLEN UND KONTAMINATION

- Weltweit gab es im Jahr 2022 in acht Ländern mindestens 1.172 neue Opfer durch Streumunition. Dies ist die höchste jährliche Zahl von Toten und Verletzten durch Streumunition, die der Monitor seit Beginn seiner Berichterstattung im Jahr 2010 verzeichnet hat.
- Von der Gesamtzahl der Opfer im Jahr 2022 wurden 987 durch Streumunitions-Angriffe verursacht, die meisten davon (890) in der Ukraine. Im Jahr 2021 hatte es weltweit keine neuen Opfer von Streumunitions-Angriffen gegeben, sämtliche Unfälle

hatten sich mit nicht-explodierten Überresten von Streumunition (Blindgängern) ereignet.

- Im Jahr 2022 gab es weltweit mindestens 185 Opfer durch Streumunitions-Reste. Im Jahr 2021 waren es 149.
- Nicht explodierte Submunition richtet in der Zivilbevölkerung extrem großen Schaden an, wobei Kinder besonders gefährdet sind.
- Im Jahr 2022 stammten 95 % aller Opfer durch Streumunition aus der Zivilbevölkerung.
- In allen Fällen, in denen das Alter der Opfer von Unfällen mit nicht-explodierten Streubomben erfasst wurde, waren 71 % der Opfer Kinder.
- Insgesamt 29 Länder und andere Gebiete sind kontaminiert oder stehen im Verdacht, durch Streumunitions-Rückstände kontaminiert zu sein. 11 davon sind Vertragsstaaten des Übereinkommens, darunter das jüngste Land, der Südsudan.

VERNICHTUNG UND AUFBEWAHRUNG VON LAGERBESTÄNDEN

- Seit der Verabschiedung des Übereinkommens im Jahr 2008 haben die Vertragsstaaten insgesamt 99 % der von ihnen gemeldeten Streumunitions-Bestände vernichtet, das entspricht 1,48 Millionen Streumunition und 178,5 Millionen Submunitionen.
- Bulgarien hat die letzten seiner Streumunitions-Bestände im Juni 2023 vernichtet. Die Vertragsstaaten Bulgarien, Peru und die Slowakei haben im Jahr 2022 und in der ersten Hälfte des Jahres 2023 insgesamt mindestens 4.166 gelagerte Streumunition und 134.598 Submunitionen vernichtet.
- Es ist unklar, ob Südafrika seine Frist zur Vernichtung von Lagerbeständen bis zum 1. November 2023 einhalten wird.
- Nur 11 Vertragsstaaten behalten scharfe Streumunition für erlaubte Forschungs- und Ausbildungszwecke zurück, darunter Deutschland mit der höchsten Anzahl. Belgien hat 95 % seiner Streumunitions-Bestände im Jahr 2022 vernichtet.

RÄUMUNG VON STREUMUNITIONS-RESTEN

- Im Jahr 2022 meldeten die Vertragsstaaten die Räumung von rund 93 km² Land, das mit Streumunition verseucht war. Dabei zerstörten sie 75.725 Streumunitions-Rückstände, hauptsächlich nicht explodierte Submunitionen. 2021 waren auf 61 km² 81.000 Submunitionen geräumt worden. Das entspricht einem deutlichen Anstieg in der geräumten Fläche, aber einem leichten Rückgang an geräumten Resten.

- Ende 2022 war Somalia der einzige Vertragsstaat, der noch auf seine ursprüngliche Räumungsfrist bis zum 1. März 2026 hinarbeitete. Es ist jedoch nicht bekannt, ob das Land diese Frist einhalten wird.
- Die anderen kontaminierten Vertragsstaaten haben eine Verlängerung ihrer ursprünglichen Räumungsfristen beantragt, darunter Irak bis 2028 und Mauretanien bis 2026. Beide Verlängerungsanträge werden auf der 11. Tagung der Vertragsstaaten des Übereinkommens im September 2023 geprüft und entschieden.

RISIKOAUFKLÄRUNG

- Im Jahr 2022 haben die betroffenen Vertragsstaaten Männer (35,3 %), Frauen (13 %), Jungen (30,3 %) und Mädchen (21,4 %) durch Risikoauflärung über die Gefahren von Streumunitions-Rückständen und anderen explosiven Kriegsresten (ERW) aufgeklärt.
- Im Jahr 2022 waren Männer und Jungen weiterhin die am stärksten gefährdete Gruppe. Zu den besonders gefährdeten Zielgruppen gehörten Landwirte, Hirten und Viehzüchter, Holzsammler, Nomaden sowie Binnenvertriebene und Geflüchtete.
- Die langfristigen sozioökonomischen Auswirkungen der Corona-Pandemie waren nach wie vor ein Grund für risikoreiches Verhalten, insbesondere in der Demokratischen Volksrepublik Laos und im Libanon. Hier waren die Menschen gezwungen, auf sogenannte schädliche Bewältigungsmechanismen zurückzugreifen. Dazu gehören etwa das Sammeln von Altmetall und das Betreten gefährlicher Gebiete auf dem Weg zu prekären Arbeitsplätzen oder die Nahrungsmittelsuche.

OPFERHILFE

- In den meisten Vertragsstaaten mit gemeldeten Opfern wurden Anstrengungen unternommen, um auf die Bedürfnisse von Streumunitions-Opfern einzugehen und die Zugänglichkeit und Nachhaltigkeit von Rehabilitationsdiensten sicherzustellen. Gerade die am stärksten betroffenen Länder konnten diese Aktivitäten nicht alleine durchführen und waren besonders auf die rückgängige internationale Unterstützung für die Opferhilfe angewiesen.
- In den Vertragsstaaten Afghanistan, Libanon und Somalia, wo die Gesundheitssysteme aufgrund drastischer nationaler Wirtschaftskrisen mit Engpässen zu kämpfen hatten, waren die Opferhilfsdienste stark herausgefordert. Anhaltende Konflikte in von Streumunition betroffenen Ländern, die nicht Teil des Übereinkommens sind, darunter

Myanmar, Syrien, die Ukraine und Jemen, behinderten ebenfalls die Bereitstellung lebenswichtiger Opferhilfe und trugen zur Anfälligkeit der Gesundheitssysteme bei.

- Internationale Organisationen und lokale Partner übernahmen weiterhin die Verfügbarkeit, Zugänglichkeit und Nachhaltigkeit von Gesundheits- und Rehabilitationsdiensten in vielen Vertragsstaaten. Der jüngste Vertragsstaat, der Südsudan, meldete eine katastrophale Situation bei der Opferhilfe. Internationale Hilfsorganisationen sind für 80 % der Gesundheitsdienste in diesem Land verantwortlich.
- Der Irak, die Demokratische Volksrepublik Laos und der Libanon aktualisierten ihre jeweiligen nationalen Opferhilfestandards, um sie mit dem Internationalen Minenräumstandard (IMAS) 13.10 über Opferhilfe in Einklang zu bringen.

PRODUKTION

- Keines der 16 Länder, die noch Streumunition herstellen oder sich das Recht dazu vorbehalten, ist dem Übereinkommen beigetreten.
- Russland produzierte 2022 weiterhin neue Streumunition, darunter mindestens zwei neu entwickelte Typen, die seine Streitkräfte seit Anfang 2022 in der Ukraine einsetzen.
- In den USA hat der letzte Hersteller von Streumunition die Produktion dieser Waffe 2016 eingestellt. Dennoch entwickeln und produzieren die USA Ersatzprodukte für Streumunition. Diese fallen möglicherweise immer noch unter die Definition von Streumunition, die laut dem Übereinkommen verboten ist.

WEITERGABE

- Die Ukraine hat seit 2022 öffentlich darum gebeten, Streumunition zu erhalten. Im Juli 2023 kündigten die USA an, dass sie eine nicht näher bezeichnete Menge an Streumunition an die Ukraine liefern würden. Die von einer 155-mm-Artillerie abgeschossene Streumunition enthält dual-purpose improved conventional Munition (DPICM), die eine Blindgängerquote von weniger als 2,35 % aufweist. Die USA erklärten jedoch nicht, wie diese Zahl ermittelt wurde.
- Nach der Entscheidung der USA, Streumunition an die Ukraine zu liefern, brachten führende Politiker*innen und Beamte aus mindestens 21 Ländern ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck.

- Möglicherweise hat die Ukraine 2022 und/oder 2023 Streumunition von anderen Ländern erworben, entsprechende Berichte wurden jedoch von den jeweiligen Ländern dementiert.
- Mindestens 15 Länder haben in der Vergangenheit mehr als 50 Typen von Streumunition an mindestens 60 andere Länder weitergegeben.

TRANSPARENZBERICHTERSTATTUNG

- Insgesamt 104 Vertragsstaaten haben einen ersten Transparenzbericht gemäß Artikel 7 der Konvention vorgelegt. Sieben Staaten haben dies jedoch nicht getan, darunter die Kapverden und die Komoren, die mehr als ein Jahrzehnt im Verzug sind.
- Die jährliche Berichtspflicht wurde nur sporadisch erfüllt, da mehr als die Hälfte der Vertragsstaaten ihre Transparenzberichte nicht jährlich aktualisieren.

NATIONALE GESETZGEBUNG

- Niue war das letzte Land, das im Jahr 2021 spezifische nationale Rechtsvorschriften zur Umsetzung des Übereinkommens über Streumunition erlassen hat. Damit haben insgesamt 33 Vertragsstaaten spezifische Gesetze zur Umsetzung des Übereinkommens erlassen.
- Insgesamt 22 Vertragsstaaten planen die Ausarbeitung, Überprüfung oder Verabschiedung spezifischer gesetzlicher Maßnahmen zur Umsetzung des Übereinkommens, während 43 Vertragsstaaten ihre bestehenden Gesetze und Vorschriften als ausreichend betrachten.